

**AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH**  
Lerchenfelder Gürtel 43/4/3 1160 Wien  
T: +43 1 78008 F: +43 1 78008-44 office@amnesty.at www.amnesty.at

SPENDENKONTO 316326 BLZ 20111 Erste Bank  
IBAN: AT142011100000316326 BIC: GIBAATWWXXX  
DVR: 460028 ZVR: 407408993



Wien, den 22.12.2020

## **FORDERUNG NACH EINER SOFORTIGEN EVAKUIERUNG DES LAGERS KARA TEPE UND DER AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN IM RAHMEN EINES UMFASSENDEN RELOCATION-PROGRAMMS**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau!

Sehr geehrte Herren Landeshauptmänner!

Amnesty International dokumentiert seit Jahren Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der Europäischen Union und fordert von den Verantwortlichen, diese sofort zu beenden. Die entsetzlichen Zustände an den Außengrenzen haben sich mittlerweile mitten in Europa fortgesetzt, vor allem die Situation von Geflüchteten in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln, insbesondere im Lager Kara Tepe auf Lesbos, ist seit längerer Zeit unerträglich. Mehr als drei Monate nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria hat sich diese katastrophale Situation weiter verschlimmert und die Menschen leben nun vor allem auf der Insel Lesbos unter unmenschlichen Bedingungen.

Die unhygienischen Bedingungen im Lager Kara Tepe und anderen Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln haben unter anderem dazu geführt, dass Kleinkinder von Ratten gebissen werden und sich Durchfall- und Atemwegserkrankungen sowie die Krätze ausbreiten. Die Zelte, in denen die Geflüchteten leben, sind undicht, stehen mitten im Schlamm und bieten wenig Schutz vor den immer niedriger werdenden Wintertemperaturen. Darüber hinaus tragen die katastrophalen Lebensbedingungen dazu bei, dass die Betroffenen immer häufiger an psychischen Beschwerden leiden und viele Kinder Suizidgedanken äußern.

Trotz dieser menschenunwürdigen Zustände lässt die EU und ihre Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, die betroffenen Menschen völlig im Stich. Diese sichtbare Menschenverachtung

inmitten der Europäischen Union ist nicht das, wofür die EU und die Menschen, die in der EU leben, stehen. Die europäische Politik muss sich auf ihr Fundament – die Menschenrechte – besinnen und international menschenrechtskonforme Lösungen vorantreiben.

Angesichts dieser humanitären und menschenrechtlichen Katastrophe ist es nicht hinnehmbar, dass Politiker\*innen es nicht schaffen, an einem Strang zu ziehen und die Situation für die Menschen an den EU-Außengrenzen nachhaltig zu verbessern. Die kontinuierliche Verschlechterung der Situation zeigt, dass auch die sogenannte "Hilfe vor Ort" nicht bei den Betroffenen ankommt. Maßnahmen wie die Errichtung eines Tagesbetreuungsentrums für Kinder sind vollkommen unangemessen und eine zynische Antwort auf die katastrophale Lage.

Um den Menschen schnellstmöglich eine nachhaltige Lebensperspektive zu geben, braucht es daher nicht nur eine wirksame Hilfe vor Ort, sondern

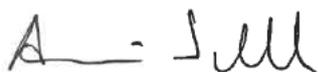
- eine sofortige Evakuierung des Flüchtlingslagers Kara Tepe und anderer Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln und die
- Beteiligung Österreichs an einem umfassenden Relocation-Programm.

Auch der Bundespräsident hat sich mittlerweile aufgrund der Notsituation deutlich für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen und an die Bundesregierung appelliert, "eine humanitäre Geste im Sinne von Erster Hilfe" zu setzen. Aus Sicht von Amnesty International handelt es sich dabei um keine Frage des guten Willens, sondern um menschenrechtliche Verpflichtungen.

Zahlreiche Gemeinden und Hilfsorganisationen in Österreich haben sich bereits zur Aufnahme und Versorgung besonders schutzwürdiger Personengruppen wie z.B. Familien mit Kindern bereit erklärt. Angesichts dieser Hilfsbereitschaft sind das sture Verharren und Blockieren der Bundesregierung und mancher Bundesländer untragbar und eines modernen Rechtsstaats, der sich in seiner Verfassung zu den Menschenrechten bekennt, unwürdig.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Herren Landeshauptmänner, wir fordern Sie daher auf, ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und umgehend die entsprechenden Maßnahmen zur Evakuierung des Flüchtlingslagers Kara Tepe und anderer Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln sowie zur Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen eines umfassenden Relocation-Programms einzuleiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Annemarie Schlack

Geschäftsführerin Amnesty International Österreich

